

bisher Steuerpflichtiger aus jeglicher direkter Steuerpflicht, wenn nicht gleichzeitig der vom Reichsfinanzminister Hilferding bereits angekündigte und aus Gründen innerer Bindung und Verantwortung unerläßliche Beweglichkeits- und Verantwortungsfaktor in Form einer geeigneten Bürgerabgabe eingeführt wird. Daneben ist es unerträglich, jegliche Bindung auf Senkung der Realsteuern zu vermissen. Die überhöhte Gewerbesteuer ist ein Haupthindernis wirtschaftlicher Entwicklung. Eine wirtschaftliche Steuerreform ohne gesicherte wirksame Minderung der Gewerbesteuer, sei es ausschließend, sei es mit an erster Stelle, ist nicht denkbar.

Die Erfordernisse, die sich hieraus nach unserer Auffassung klar für den Gesetzgeber ergeben, sind im Entwurf unserer Erklärung in Ziffer IV 2 knapp zusammengefaßt.

Die Fragen der Finanzreform hängen aufs engste mit der **gemeindlichen Selbstverwaltung**

zusammen, betragen die Ausgaben der Gemeinden ohne Hansestädte doch 1926/27 37 v. H. der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand. Mehr als einmal haben wir uns von den Handelskammern als Trägern einer Selbstverwaltung der Wirtschaft zu dem Gedanken der gemeindlichen Selbstverwaltung bekannt, eingedenk des Spruches Goethes: „Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.“ Ich bleibe dem auch heute treu. Aber man darf die Augen nicht davor verschließen, daß diese Selbstverwaltung tiefgehende Wandlungen durchgemacht hat. Es kommt nicht nur auf Gesetze, es kommt mehr auf den Geist der Menschen an, die sie anwenden. Das Wort von der Krise der Selbstverwaltung ist von Männern ausgesprochen worden, die der Selbstverwaltung sehr nahe stehen. Der schlimmste Feind der Selbstverwaltung steht nicht außerhalb ihrer Mauern. Denn dieser schlimmste Feind ist die Lockerung des verantwortungsbewußten Zusammenhanges zwischen Stadt und Stadtbürgertum, ist die Freistellung breiter Kreise Mitbestimmungsberechtigter von der Mithaftung des Gewissens und des Vermögens. Hier liegen Probleme, die auch und gerade von den Freunden der Selbstverwaltung nicht mit leichter Hand beiseite geschoben werden dürfen. Wir begrüßen es, daß vom Städtetag der Ruf nach stärkerer finanzieller Selbstverantwortung erklingen ist, und sehen in dem Zusammenfassen der Städte zur Umschuldungsaktion eine selbstverwaltungsmäßige Selbsthilfe, so bitter die Notwendigkeit dieser Umschuldung zu beklagen ist und manche